



**LANDKREIS**  
**ERDING**

# PROTOKOLL

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Janina Böttner

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1340  
Fax 08122/58-1109

**Sitzung des Kreistages am 14.12.2015**

**Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Erding, 08.02.2016  
Az.:  
2014-2020/KT/006

Attenhauser, Peter  
Attensberger, Alexander  
Bauer, Thomas Dr.  
Bauernfeind, Petra  
Biller, Josef  
Bitzer, Valentin  
Dieckmann, Ulla  
Eichinger, Gertrud  
Els, Georg  
Empl, Korbinian  
Fischer, Siegfried  
Frank-Mayer, Ursula  
Gaigl, Ullrich  
Geiger, Florian  
Geisberger, Ferdinand  
Glaubitz, Stephan  
Gotz, Maximilian  
Grasser, Maria  
Grundner, Heinz  
Hartl, Anni  
Hofstetter, Franz Josef



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Huber, Martin  
Jell, Simone  
Kirmair, Ludwig  
Kressirer, Maximilian

Krzizok, Janine  
Kuhn, Günther  
Lackner, Helmut  
Lanzinger, Rupert  
Mayr, Elisabeth  
Mehringer, Rainer  
Minet, Doris  
Oberhofer, Michael  
Peis, Johann  
Puschmann, Dr. Christoph  
Ranft, Manfred  
Rudolf, Ludwig Dr. med.  
Scharf, Ulrike  
Scheumaier, Bernd  
Schmidt, Horst  
Schreder, Thomas  
Schreiner, Hans  
Schwimmer, Hans  
Schwimmer, Jakob  
Sigl, Gerlinde  
Slawny, Manfred  
Sterr, Josef  
Sticha, Christoph  
Stieglmeier, Helga  
Treffler, Christina  
Treffler, Stephan  
Vogelfänger, Cornelia  
Vogl, Willi  
Waxenberger, Rudolf Helmut  
Ways, Rudolf  
Wiesmaier, Hans



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer Martin, Landrat

**von der Verwaltung:**

Fuchs-Weber Karin, BL  
Böttner Janina, Protokoll  
Fiebrandt-Kirmeyer Claudia, Pressesprecherin

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Regionalmarketing  
EnergieVision Erding EVE GmbH  
Vorlage: 2015/1860/1
2. Haushaltswesen  
Haushaltsberatung 2016  
Vorlage: 2015/1891/1
3. Bekanntgaben und Anfragen
- 3.1. Anfrage KR Schmidt KT-Sitzung 70 Jahre

### **1. EnergieVision Erding EVE GmbH Vorlage: 2015/1860/1**

**Der Vorsitzende** erklärt, dass es aus Sicht des Notares notwendig ist, eine weitere Beschlussfassung herbeizuführen und dem Kreistag die Genehmigung des Rechtsgeschäfts vorzulegen und zu beschließen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

### **Beschluss: KT/0036-20**

Der Kreistag genehmigt hiermit das vorbezeichnete Rechtsgeschäft (URNr. I 943/2013 vom 24.07.2013), von dessen Inhalt er Kenntnis erhalten hat, in allen Teilen vorbehaltlos und unwiderruflich.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 55 : 0 Stimmen**

## 2. Haushaltsberatung 2016 Vorlage: 2015/1891/1



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** erwähnt, dass der Haushaltsentwurf in den jeweiligen Ausschüssen und bei einer Fraktionssitzung besprochen wurde.

Er nennt nun die genauen Zahlen:

Das Volumen im Verwaltungshaushalt beträgt 158.633.000 € und im Vermögenshaushalt 23.058.000 €. Nach den Änderungen des Kreisausschusses wurde für den Verwaltungshaushalt 154.190.000 € und den Vermögenshaushalt 19.658.000 € empfohlen. Ursprünglich waren es 181.691.000 € und neuerdings 173.848.000 €.

Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichte Umlagekraft beträgt 162.810.617 €. Dies ist eine Steigerung von 15,36 %. Der Landkreis Erding – insbesondere die 26 Städte, Märkte und Gemeinden haben ein überdurchschnittliches Wachstum im vierten Jahr in Folge mit erheblichen Steigerungsraten zu verzeichnen, in einer Größenordnung von rund 45 %. Im Landkreis Erding lässt es sich nicht nur gut wirtschaften, sondern auch hervorragend leben. Dies bestätigen Umfragen. Das Landratsamt als Dienstleister ist im Vordergrund. Bei der Umfrage wurden beste Ergebnisse erzielt.

Die Umlagekraft je Einwohner steigt von 1.083,64 € auf 1.234,34 € (+ 150,70 €). Das ist die fünfthöchste Umlagekraft in Oberbayern bzw. sechstöchste in Bayern. Vor einigen Jahren war das nicht so, denn da war der Landkreis unter den Schlusslichtern.

Die Bezirksumlage bleibt voraussichtlich unverändert bei 19,5 Prozentpunkten. Die zu leistende Bezirksumlage beträgt 31.748.070 €. Damit erhöht sie sich gegenüber 2015 um 4.227.611 €.

Der Landkreis erhält eine Schlüsselzuweisung in Höhe von 11.408.636 €. Im Vergleich zu 2015 verringert sich die Schlüsselzuweisung um 1.450.332 €. Im versandten Entwurf wurde die Kreisumlage zum Haushaltsausgleich auf 49,59 % festgesetzt.

Im Entwurf gab es Mehrausgaben im Bereich der Bauvorhaben mit 332.300 €, Bezirksumlage 4.213.587 €, Steigerung der Personalkosten 1.520.710 € (Aufstockung auf 38 Vollzeitkräfte im Bereich Asyl). Schülerbeförderung +105.000 €, Leistungsbeteiligung des Bundes beim SGB II 595.000 €, Zuschussbedarf Jugendhilfe 863.003 €, Zuführung an den Vermögenshaushalt 6.774.000 €.

Die Minderausgaben sind Zuschussbedarf Sozialhilfe 582.000 € und Statik-Kosten -200.000 €. Das Landratsamt profitiert vom Bau am Flughafen und auch von Genehmigungen bis hin zu Statik-Kosten. Krankenhausumlage 173.000 €, Mindereinnahmen bei Gebühren 120.000 €, Schlüsselzuweisungen -1.083.116 €,

Mehreinnahmen Kreisumlage 12.960.611 €, Mieteinnahmen 150.000 €, Grunderwerbsteuer Rekordsumme von 270.000 € aufgrund steigender Grundstücksgeschäfte.

Im Vermögenshaushalt sind 23.058.000 € eingeplant. Die einzelnen Maßnahmen lauten:

Katastrophen-/Brandschutz 201.900 €

Mädchenrealschule Zuschuss 100.000 €

Unterbringung Asylbewerber 1.800.000 €, bei den Bereichen, bei denen der Landkreis aktiv und tätig wird.

Korbinian-Aigner-Gymnasium 175.000 €

Grundstückskäufe 13.400.000 €  
Straßenbau 1.040.000 €



**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

Für den Haushalt 2016 ist eine Tilgung von Krediten in Höhe von 1.264.700 € veranschlagt. Der Schuldenstand beträgt Ende 2016 voraussichtlich 16.305.000 €. Eine Kreditaufnahme ist 2016 nicht vorgesehen.

Büro des Landrats  
BL

In den freiwilligen Leistungen sind im Haushaltsentwurf im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt die Leistungen, wie im Vorjahr, veranschlagt: bis auf folgende Änderungen: Kreisverein für Heimatpflege: Erhöhung von 18.500 € auf 25.000 €. Zentrum der Familie: Verminderung von 29.500 € auf 25.500 €. Freiwillige Leistungen im Verwaltungshaushalt von 1.177.905 € und im Vermögenshaushalt von 302.000 €. Gesamt 1.479.905 € incl. Jugendsozialarbeit an Schulen, sowie offene und gebundene Ganztageschule.

Die Finanzplanung für die künftigen Jahre (2016 – 2018) ist natürlich mit erheblichen Unsicherheiten, sowohl auf der Einnahmenseite, als auch auf der Ausgabenseite belastet. Personalstand (incl. staatliches Personal) 581 Personen. Personal des Landkreises 55,57 Beamte, Beschäftigte Stellen insgesamt 328,78.

Verschiedene größere Veränderungen:

- + 2,6 Stellen integrierte Leitstelle (Gutachten)
- + 0,75 Stelle Gartenbau u. Landschaftspflege
- + 8,38 Stellen (Fachbereich Asyl)
- + 1,5 Stellen Jugendhilfe umF
- + 1,08 Stellen Ausländeramt (Asylangelegenheiten)
- + 0,75 Stelle Abfallbeseitigung
- + 0,5 Stelle Personalpool

Dem neuen Fachbereich Asyl sind ab 2016 insgesamt 22,29 Stellen zugeordnet. Im Landratsamt sind in der Summe rund 38 Stellen mit dem Thema Asyl befasst.

Der Ausschuss für Bauen und Energie hat am 09.11.2015 einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss gegeben. Der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt hat ebenfalls am 16.11.2015 einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss gegeben. Der Jugendhilfeausschuss hat am 26.11.2015 den Empfehlungsbeschluss einstimmig, mit folgenden Änderungen gefasst: Der Ansatz für Leistungen der externen sozialpädagogischen Familienhilfe wird auf 800.000 € reduziert (bisher 900.000 €). Der Ansatz für Ausgaben im Bereich Vormundschaften sozialpädagogischer Familienhilfe wird auf 240.000 € reduziert (bisher 300.000 €).

Der Ausschuss für Bildung und Kultur hat ebenfalls einen Empfehlungsbeschluss am 24.11.2015 einstimmig, ohne Änderungen gefasst. Und am 30.11.2015 hat der Kreisausschuss den Empfehlungsbeschluss einstimmig gegeben. Die Empfehlung des Kreisausschusses der Kreisumlage liegt bei 46,80 %.

Es haben sich folgende Änderungen ergeben:

Erhöhung des Ansatzes aus Einnahmen für die Unterbringung von Berufsschülern um 10.000 €, Reduzierung der Kosten für ehrenamtliches Personal 6.500 €, Ausgaben für den Sicherheitsdienst in der Kirchgasse 3, Asyl 50.000 €, Erhöhung des Ansatzes für die Krankenhausumlage um



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

94.200 €, Erhöhung des Einnahmeansatzes von Dritten nach dem aktuell vorliegenden Finanzrahmen des MVV um 15.000 € und Verringerung der Zahlungen an den MVV um 58.000 €, Erhöhung des Ansatzes Gebührenaufkommen um 50.000 €, Erhöhung des Einnahmeansatz für pauschale Finanzaufweisungen um 16.760 €. Reduzierung des Ansatzes für den Fehlbetragsausgleich um 950.000 €. Nach Auskunft des Klinikums Landkreis Erding wird sich das Jahr 2015 besser entwickeln als ursprünglich gedacht. Daneben wird für das Jahr 2016 mit einem geringeren Fehlbetrag kalkuliert. Die für 2015 zu erwartende Rückzahlung kann damit zum Teil mit dem kalkulierten Fehlbetrag für 2016 verrechnet werden.

Im Vermögenshaushalt werden die Ausgaben für den Grunderwerb um 3.400.000 € auf insgesamt 10.000.000 € verringert. Zuführung an den Vermögenshaushalt verringert sich von 12.839.000 € auf 9.439.000 €, d.h. 3.400.000 € weniger. Nach Einarbeitung der Veränderungen beträgt das Gesamtvolumen im Verwaltungshaushalt 154.190.000 € und im Vermögenshaushalt 19.658.000 €. Der Kreisausschuss hat empfohlen, die Kreisumlage auf 46,8 % festzusetzen. Sie beträgt somit 76.195.369 €. 2016 ist gegenüber 2015 eine um 8.452.701 € höhere Kreisumlage.

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei den Fraktionsvorsitzenden und der Kämmerei, die alles vorbereitet haben. Er stellt fest, dass der Landkreis verschiedene Schwerpunkte im Haushaltsplan 2016 setzt. Im Bereich der Jugendhilfe gibt es eine deutliche Erhöhung, um den Jugendlichen ein breites Angebot zu ermöglichen. Im Bereich der Sozialkosten ist es nach wie vor eine erhebliche Steigerung, wenn Erstattungen abgezogen werden. Es wurde viel Geld in Schulneubauten/-umbauten und Erneuerungen gesetzt. Viele Jugendliche haben in den letzten Jahren ihre Abschlussfahrten in Richtung Bastia unternommen und das soll weiterhin gefördert werden, um die Partnerschaft auszubauen. Von den 71 Landkreisen in Bayern haben sich nicht viele gemeldet, die Asylbewerber aufgenommen haben. Der Landkreis Erding hat eine Asyl-Sozialberatung geschaffen. Ein weiterer Punkt sind die Berufsintegrationsklassen. Es herrschte Raumnot, alle unterzubringen. In den anderen Landkreisen war dies in der Größenordnung nicht der Fall. Der Vorsitzende stellt die Frage, wie viele Landkreise eine Koordinierungsstelle Ehrenamt haben. Dafür zahlt der Landkreis 20.000 €. Der Helferkreis ist ein wichtiger Bereich mit engagierten und tatkräftige Menschen, die sich für Asylbewerber einsetzen. Es wurde ein neuer Fachbereich zum Thema Asyl geschaffen, um Verantwortung zu übernehmen. Den Vorwurf: „Wie kann der Landrat in unserem kleinen Dorf noch Asylbewerber unterbringen“ findet er nicht gerecht. Er sieht dies als richtige Entscheidung, je unmittelbarer man mit den Menschen zu tun hat, desto größer ist die Hilfsbereitschaft in Zusammenarbeit mit den Städten, Märkten und Gemeinden. Dies ist das Ziel, eine große Anzahl von verschiedenen Unterkünften zur Verfügung zu stellen. Jeder Asylbewerber bekommt 33 €, um seine Miete zu bezahlen. Gesetzlich geregelt war, Geldleistung vor Sachleistung bis 01. März 2015. Der Landkreis Erding hat weit mehr geleistet, als der Gesetzgeber vorschreibt. Darauf kann man stolz sein! Der Haushalt 2016 ist sehr solide und hat die richtige Ausgewogenheit und das Maß an Balance gefunden. Der Landkreis weiß, dass die Gemeinden und Städte erfolgreich ihren Beitrag leisten. Dies ist eine gute Perspektive für 2016. Der Landrat bedankt sich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung, sowie den Gremiumsmitgliedern und beantragt, die Zustimmung dieses Entwurfs.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

### **Kreisrat Dr. Bauer führt folgende Punkte seiner Haushaltsrede aus:**

Zunächst bedankt er sich bei der Verwaltung, besonders bei Herrn Helfer für die gründliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltes für das Jahr 2016. Beim Landrat, sowie den Kolleginnen und Kollegen des Kreistags bedankt er sich für die konstruktiven Diskussionen der vergangenen Wochen, sowohl im Kreis der Fraktionssprecher als auch in den Ausschüssen. Dieser Haushalt, der, wie bereits mehrfach betont wurde, wieder einmal eine neue Rekordbilanzsumme von annähernd 180 Millionen Euro erreicht, war auch in diesem Jahr nicht allzu schwer zu beraten. Die wirtschaftliche Prosperität, die im Landkreis herrscht, führt zu immer neuen Rekordeinnahmen und damit zu einer Erhöhung der Umlagekraft um 15,36 % auf Seiten der Gemeinden. Obwohl die Kreisumlage von 48 auf 46,8 Punkte sinkt, steigen die Einnahmen um 8,4 Mio €. Dies macht es möglich, die gestiegenen Ausgaben im Verwaltungshaushalt, besonders im Bereich Personalkosten in Höhe von 6,81 %, Jugendhilfe in Höhe von 9,4 %, Hartz IV mit 12,44 % und Asyl um 14,54 %, seit 2014 um 344 % zu tragen. Bei den geringeren Ausgaben im Verwaltungshaushalt stechen besonders die Posten Fehlbetragsausgleich Krankenhaus mit -550.000 € und der Betriebskostenzuschuss an den MVV mit -361.000 € hervor. Dieser verminderte Betriebskostenzuschuss führt auch zu einer Entlastung der Gemeinden in Höhe von 299.000 €. Beide Zahlen sind ein Beleg dafür, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind, zum einem in unserem Klinikum, zum anderen mit der öffentlichen Ausschreibung der Buslinien, die zu einer Verringerung der Kosten führt. Auch können auf Grund der guten Einnahmen im Vermögenshaushalt Schulden getilgt werden, seit 2006 immerhin 18 Mio Euro, das entspricht über 46 %. Insgesamt müssen dadurch im nächsten Jahr im Verwaltungshaushalt fast 300.000 € weniger Zinsen bezahlt werden. Auch dies macht es in Zukunft leichter, den Haushalt zu gestalten. Gleichzeitig kann weiterhin in die Infrastruktur unseres Landkreises investiert werden. Nachdem 2015 die Erweiterung des Gymnasiums Dorfen und der Umbau der Berufsschule abgeschlossen wurden, ist im Investitionsplan der Neubau einer Turnhalle mit Erweiterungsräumen am AFG mit 10 Mio € bis 2019 vorgesehen. Hier hat die große Kreisstadt Erding bei ihren Haushaltsberatungen in der vergangenen Woche bereits ihre Mitbeteiligung signalisiert. Am Korbinian Aigner Gymnasium ist bis zum Jahr 2019 der Umbau der Mensa/Küche mit insgesamt 1,75 Mio € vorgesehen. Der Landkreis Erding investiert also auch weiterhin in die Bildungseinrichtungen, zu denen die Realschulen, die Berufsschule, die FOS/BOS und die Kreismusikschule gehören. Deutlich erhöht wurde ab diesem Jahr auf Grund der neu eingeführten Richtlinie Kultur der Zuschuss für Investitionen, nämlich von 10.000 € auf 30.000 €. Neu greifen wird auch ab 2016 das Erbbaurechtsprogramm, das in diesem Jahr auf Antrag der CSU beschlossen wurde. Hier sind zunächst insgesamt 40.000 € eingestellt zur Förderung des Wohnungseigentums. Im Straßenbau investieren wir bei unseren Kreisstraßen über 1 Mio €, in erster Linie für die Erneuerung des Kreisverkehrs Taufkirchen, sowie in die Neuanlage eines Kreisverkehrs nördlich von Schwaig. Der Grundstückskauf für die Nordumfahrung ist mit 10 Mio € veranschlagt. Dies wird in den nächsten Jahren einer der größeren Investitionsmaßnahmen für den Landkreis Erding. Summa Summarum soll dies jedoch ein Nullsummenspiel werden, da die Kosten über die Zuschüsse des Freistaates Bayern und die kommunalen Eigenanteile wieder hereingespielt werden sollen. Für den Landkreis Erding eine sinnvolle und be-



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

deutende Infrastrukturmaßnahme, die sowohl den Gemeinden im östlichen Landkreis zugutekommt, wie auch der großen Kreisstadt Erding. Darauf hinzuweisen, dass diese Maßnahme eigentlich im Rahmen des Verursacherprinzips vom Flughafen oder dem Freistaat Bayern durchgeführt werden müsste, ist hinreichend geschehen. Der Flughafen beteiligt sich mit 5 Mio Euro aus dem Umlandfonds an den Planungskosten und der Freistaat mit den zuschussfähigen Kosten. Deshalb war es richtig, dass der Kreistag diese Maßnahme angeschoben hat und umsetzen wird. Ein Thema, das heute bei nahezu keiner Diskussion fehlen darf, sind die Asylbewerber. Auch im Kreishaushalt findet dieses Thema seinen Niederschlag. Gesamtkosten im Vermögenshaushalt von 1,8 Mio € für Unterbringungseinrichtungen und 10.75 Mio € im Verwaltungshaushalt veranschaulichen uns die Kosten, die Fehlentwicklungen in Ländern verursachen, die zwar nicht, wie noch vor 25 Jahren Jugoslawien, vor unserer Haustüre, aber noch in unserem weiteren Einzugsbereich liegen. Bis jetzt aktuell knapp 450.000 €, die der Landkreis zurzeit pro Jahr selbst tragen muss, werden diese Kosten über die Regierung von Oberbayern, den Freistaat Bayern und den Bund refinanziert. Ob sich diese Situation mittelfristig bessern wird, und was das mittel- und langfristig für den Landkreis und seine Gemeinden bedeutet, kann man heute noch nicht abschätzen. Hier wird jedoch transparent, wie Entwicklungen, die sich weit entfernt abspielen, heute bis auf unsere Gemeinden durchschlagen. Insgesamt kann man auch in diesem Jahr wieder feststellen, dass der vorliegende Haushalt solide durchfinanziert ist, die Gelder für die wichtigen Maßnahmen eingesetzt sind und sinnvolle Investitionen auch die nächsten Jahre getätigt werden können. Die Gemeinden werden nicht über Gebühr belastet und der Verwaltung bleibt genügend finanzieller Spielraum, um ihren Aufgaben nachzukommen. Die CSU-Fraktion wird dem Haushalt und Investitionsplan natürlich uneingeschränkt zustimmen. Er wünscht allen: „Schöne Weihnachten, einen guten Rutsch ins neue Jahr, einige besinnliche Tage, auch im Kreis der Familie“ und freut sich weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit im nächsten Jahr.

#### **Kreisrätin Stieglmeier meldet sich als nächste zu Wort:**

Das letzte Jahr war auch im Landkreis geprägt von Menschen, die bei uns Zuflucht vor Krieg und Verfolgung suchen. Und auch hier sind die Geflüchteten auf eine große Welle der Hilfsbereitschaft getroffen. Überall gründeten sich Helferkreise, die Spendenbereitschaft ist ungebrochen. Frau Stieglmeier möchte ein Zitat sehen, bei dem die Grünen Fraktion den Landrat für die Unterbringung kritisiert hat. Sie äußert, dass im Landkreis eine sehr schwierige Lage besteht und Vorbildliches geleistet wird und bittet darum, dass sie als Partei auch eine andere Meinung zu bestimmten Dingen haben dürfen. Zum Thema Gutscheinen waren sich die Parteien uneinig. Wenn der Landrat von Geldleistungen und falschen Anreizen spreche, dann unterstellt er, dass es den Flüchtlingen nur ums Geld geht. Das ist laut Meinung der Grünen nicht richtig. Die Flüchtlinge kommen vorwiegend wegen Krieg und Verfolgung in unser Land. Frau Stieglmeier zitiert die Sprecherin der Jungen Unionen, dass die CSU sich von „Grünen Gutmenschen“ belehren lasse. Den Begriff Gutmenschen wünschen sie sich nicht. Sie regt an, sich bei politischen Diskussionen darauf einzulassen und zu argumentieren und nicht nur zu deformieren. Sie fährt fort, dass im Zusammenhang mit Flüchtlingen immer wieder von Ängsten in der Bevölkerung gesprochen wird. Im vergangenen Jahr wurden bundes-





LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

weit 817 Mal Flüchtlingsunterkünfte angegriffen, davon wurden 733 von rechtsmotivierten Tätern begangen. Gleichzeitig bestätigt die Polizei, dass von den Flüchtlingen keine steigende Kriminalität ausgeht. Die Gefährdung geht mehrheitlich nicht von den Flüchtlingen aus, sondern von denen, die sie bekämpfen. Wenn es beispielsweise auf dem Dorfer oder Taufkirchener Volksfest eine Schlägerei gibt, sind dann alle Dorfer/Taufkirchener gewaltbereit? Wenn es bei ALDI wegen eines Kochtopfs zu einer Massenschlägerei kommt, sind dann alle ALDI-Kunden in Verdacht. Nein natürlich nicht! Das sehen die Grünen als das, was es tatsächlich ist: Einzelfälle! Frau Stieglmeier möchte wissen, warum das aber nicht für Asylsuchende gilt. Sie nennt als Beispiel eine Prügelei in einer Unterkunft, die der Landrat zum Anlass genommen hat zu fragen, wer alles zu uns kommt. Sie möchte wissen, warum in diesem Fall vom Einzelnen auf alle geschlossen wird. Einen weiteren Dissens gab es im letzten Jahr beim Thema Nordumfahrung. Die Fraktion der Grünen ist der Meinung, dass der Neubau von Straßen keine nachhaltige Verkehrspolitik ist. Mit der gerade getroffenen Vereinbarung von Paris hat sich die Welt aus dem fossilen Zeitalter verabschiedet. Auch der Landkreis Erding muss zum Gelingen beitragen. Der Kreistag hat beschlossen, die Kosten für die Nordumfahrung vorzufinanzieren. Das heißt, dass die Ausgaben, die heute im Haushalt stehen, wieder erstattet werden. Trotzdem belastet der Landkreis über die Kreisumlage die Gemeinden mit diesem Haushalt durch die Vorfinanzierung. Die Grünen möchten hier eine klare Abrechnung und stellen folgenden Antrag: **„Die Kosten für die Vorfinanzierung der Nordumfahrung werden aus der Kreisumlage heraus gerechnet und über einen Kredit finanziert. Die Kreisumlage wird um die Einsparung gekürzt“**. Die Politik des Landkreises der letzten Jahre ohne Neuverschuldung einen Haushalt aufzustellen, habe man für richtig gehalten und mitgetragen. Besondere Umstände erfordern aber auch besonderes Handeln und da die Kreditkonditionen im Moment sehr günstig sind, der Kredit über die zu erwartende Erstattung bald getilgt werden kann, hält die Fraktion der Grünen in der jetzigen Situation eine kurzfristige Kreditaufnahme für richtig. Ein weiterer **Antrag betrifft das Frauenhaus**. Hier unterstützen sie gemeinsam mit der SPD den Antrag auf eine zusätzliche Teilzeitstelle für eine Erzieherin als freiwillige Leistung des Landkreises Erding. Die Kollegin Ulla Dieckmann wird diesen Antrag erläutern und begründen. Bereits schriftlich wurde ein Antrag auf eine Teilzeitstelle für eine Sozialpädagogin zur Beratung von schwulen, lesbischen, bi-, trans- und intersexueller Jugendlicher eingereicht. Diese Jugendlichen sind gerade im ländlichen Raum immer noch Diskriminierung, Mobbing und auch körperlicher Gewalt ausgesetzt, die Selbstmordrate unter ihnen ist erschreckend hoch. Gerade in der sehr sensiblen Zeit der Pubertät brauchen sie Unterstützung und Hilfe. Der Landkreis Erding möchte unter dem Motto „Kein Talent darf verloren gehen“ das Siegel Bildungsregion erhalten. Diese Beratungsstelle könnte auch ein wichtiger Baustein dafür sein. Zur Finanzierung dieser beiden Stellen wird vorgeschlagen, nach dem Subsidiaritätsprinzip die Sozialpädagogischen Stellen für Flüchtlinge, die jetzt im Landratsamt sind, bei einem freien Träger anzusiedeln. Dieser Antrag wurde gemeinsam mit der SPD und der ÖDP gestellt und Frau Christina Treffler wird diesen vorstellen und erläutern. Sie bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr, obwohl sie nicht verschweigen möchte, dass es in dieser Hinsicht schon bessere Jahre gegeben hat. Wie in den kommunalen Gremien gerne betont wird, soll es hier



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

nicht um Parteipolitik gehen. Dies zeigt sich darin, dass der Landkreis die allermeisten Beschlussvorlagen einstimmig beschloss. Die Belastbarkeit einer guten Zusammenarbeit zeigt sich aber vor allem dann, wenn kontrovers diskutiert wird und diese Diskussion dann auch richtig in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Dies war z.B. bei der B15 neu nicht der Fall. Sie fand es sehr enttäuschend, dass hier die Praxis, Anträge in Unterpunkte getrennt abstimmen zu können, um dann dem Gesamtantrag zuzustimmen, in der Öffentlichkeit vom Landrat nicht korrekt wiedergegeben wurde. Frau Stieglmeier hofft im neuen Jahr wieder dazu zurückzukehren und wünscht allen und ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest.

**Der Vorsitzende** liest die Presseerklärung vom 12.05.15 zum Thema Gutscheine, die mit allen Fraktionsvorsitzenden abgestimmt wurde nochmals vor:

*Gutscheine statt zentraler Einkleidung: Die Flüchtlinge im Landkreis Erding können Kleidung und Schuhe jetzt in einer Vielzahl von Geschäften im Landkreis einkaufen. Bezahlen werden sie die Bekleidung zunächst mit Wertgutscheinen, die sie vom Landratsamt bekommen. Die bisherigen zentralen Einkleidungstage entfallen. Auf diese Vorgehensweise hat sich Landrat Martin Bayerstorfer mit den Fraktionsvorsitzenden am vergangenen Freitag verständigt.*

Er fragt, ob etwas falsch gemacht bzw. etwas anderes besprochen wurde, denn diese Sprachregel wurde 1:1 weiter gegeben. Er hat bemängelt, dass einige Fälle nicht erwähnt werden. Dazu zählt u.a. der Fall Eittinger Moos, Dr. Ulrich Weg und Neuching. Er lässt sich nicht vorwerfen nach dem Motto es sei nichts passiert bzw. das sei der Durchschnitt. Prozentual ist deutlich mehr an Straftaten passiert. Um das Thema Gutscheine nochmal zu ergänzen, möchte der Vorsitzende von Frau Stieglmeier wissen, wo der große Aufschrei gewesen ist, dass Landräte Bargeld ausbezahlt haben und sich entgegen geltendem Recht verhalten haben. Zu der Unterstellung der B15neu, kann man in Dörfern nachfragen. Wenn die Möglichkeit gegeben wird, einen Antrag zu einem Teilbereich zu stellen und über den Gesamtantrag geschlossen abzustimmen, das dem Vorsitzenden als Vorwurf zu machen, finde er nicht gut. Schließlich war es der Antrag der Grünen und er hätte hören wollen, wenn Frau Stieglmeier anschließend gesagt hätte, dass der Antrag nicht getrennt abgestimmt wurde. Die Möglichkeit wurde gegeben. Zum Gesamtantrag haben sich die Grünen in der Öffentlichkeit nicht positioniert. Zum Thema Nordumfahrung wurde der Beschluss bereits gefasst. Der Antrag Kostenneutralität wurde bereits 2007, spätestens 2009 gestellt. Die Kosten der Nordumfahrung, die künftig entstehen, kommen in den Kreisumlagen wieder zu gute. 0,05 - 0,015 als Eigenkapitalverzinsung aus der Deponierücklage zu schieben. Wenn Frau Stieglmeier eine Bank nennt, die unter einem Niveau von 0,1 liegt, kann der Landkreis darüber sprechen, ansonsten kostet dies den Steuerzahler, den Städten, Märkten und Gemeinden zusätzlich Geld. Den Vorwurf zum Antrag des Frauenhauses findet der Vorsitzende nicht in Ordnung. Mit den Fraktionsvorsitzenden wurde dies auch besprochen. Die Zweckverbandsmitglieder Freising und Ebersberg haben dem Landkreis erklärt, dass sie aussteigen. Die Überlegung, es so weiter zu belassen ist durchaus realistisch. An eine Stellenerweiterung ist jedoch nicht zu denken, da die anderen Landkreise mitfinanzieren müssen. Er möchte, dass



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

auch andere Frauenhäuser, z.B. Freising, verglichen werden. In Erding sind es ca. 135.000 Einwohner, somit knapp hinter Freising. Der Landkreis hat 88 und Freising 78 Wochenstunden. Eine Praktikantin kostet 5.000 € und die Referatsleitung 10.700 €. Man sollte aus Solidarität zu den anderen Landkreisen hierbei nicht in Vorleistung gehen. Das Anliegen bzgl. Schaffung einer Halbtagesstelle für Sozialpädagogen/in für die Beratung schwuler, lesbischer, bi-, trans- und intersexueller Jugendlicher ist nicht verkehrt. Aber die Gesundheitsverwaltung des staatlichen Landratsamtes ist zuständig. Von Seiten des Landkreises besteht eine Zuständigkeit nur für Schulen im Bereich der Sachaufwandsträgerschaft. Unabhängig davon gibt es diese Beratung bereits. Im letzten Jahr waren es zwei Jugendhilfefälle. Einmal Homo- und einmal Transsexualität. Eine spezielle Stelle dafür zu schaffen ist aus heutiger Sicht überzogen.

### **Kreisrätin Treffler beginnt mit ihrer Haushaltsrede:**

Die ÖDP ist froh, dass sich für das Haushaltsjahr 2016 gerade im Bereich des ÖPNVs im Landkreis keine großen Einsparungen oder Deckelung angefallen sind. Sie sind gespannt, was die Fahrgastzählungen aufzeigen, welche spätestens im Sommer 2016 ausgewertet sein sollen. Sie werden weiter für einen Ausbau des ÖPNVs kämpfen. Denn neue Straßen bringen noch mehr Verkehr. Noch mehr Verkehr bedeutet Stress für die Anwohner und die Umwelt und nebenbei wird wieder wertvoller Boden verbaut. Dies gilt für die Nordumfahrung genauso wie für eine B15neu – egal wo. Nicht immer noch mehr Mobilität muss das Ziel sein, sondern Regionalität. Die Resolution gemeinsam mit Bündnis90/Die Grünen gegen TTIP konnte leider nicht erreicht werden. Nein, das Motto heißt auch hier im Landkreis immer weiter, immer schneller. Der Umgang untereinander über die Presse und bei einem zweiten beratenden Treffen zum Thema Gutscheinsystem war ungut und das Thema eignet sich nicht für die politische Trickkiste. Gerade das Thema Asyl benötigt den Austausch untereinander, viele helfende Hände und der Schulterschluss und nicht das Aufrechterhalten von Machtstrukturen. Den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern kann man nicht genügend danken. Sie erhalten das System aufrecht. Darum stellt die ÖDP folgenden Antrag, um den Haushalt des Landkreises 2016 zu entlasten: **Der Landkreis bereitet den Ausstieg aus der Asylsozialberatung vor und die Übernahme durch einen Wohlfahrtsverband oder anderen geeigneten Träger.** Die Asylsozialberatung wird im Moment vom Landratsamt abgewickelt und soll an einen Wohlfahrtsverband übertragen werden. Die Asylsozialberatung belasten den Haushalt des Landkreises Erding 2016 derzeit mit einer Höhe von ca. 52 000 € pro Sozialpädagogen. Im Haushaltsjahr 2016 sollen 8 Sozialpädagogen die Asylsozialberatung übernehmen. Diese Gelder müssen vom Kreistag bewilligt werden, woraus sich auch eine Zuständigkeit des Kreistages ableiten lässt. Werden die Asylsozialberatungsleistungen über einen Wohlfahrtsverband abgewickelt, erhält dieser eine Förderung der Personalkosten durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration in einer Höhe von ca. 75 %. Der Verband selbst muss 10 % der Kosten aufbringen. Der Landkreis Erding soll lediglich als Dritter mögliche Defizite ausgleichen. Es ist bekannt, dass sich das Landratsamt für ein Pilotprojekt für die Durchführung der Asylberatung direkt durch die Kommunen beworben hat. Frau Treffler möchte an dieser Stelle an das Subsidiaritätsprinzip erinnern, welches fordert, dass staatliche Eingriffe, also auch diese, vom staatlichen Landratsamt Erding nur unterstützend



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

und nur dann erfolgen sollen, wenn die jeweils tieferen hierarchischen Ebenen oder nicht öffentliche Träger nicht in der Lage sind, die erforderliche Leistung zu erbringen. Mit dem gesparten Geld von ca. 400.000 € kann zum Beispiel die Kreisumlage für die Gemeinden nochmal gesenkt werden. Die ÖDP unterstützt beide Anträge, sowohl den Antrag der SPD als auch den Antrag des Bündnis90/Die Grünen. Zudem beantragen sie bei der Verabschiedung des Haushalts eine getrennte Abstimmung bezüglich der hohen Einstellungen zur Verwirklichung der Nordumfahrung. Sie tragen diese nicht mit. Nach einer solchen getrennten Abstimmung könnten sie den Gesamthaushalt unabhängig vom Ausgang der Entscheidung über die Gelder zur Nordumfahrung mittragen. Die Fraktion wünscht allen schöne Weihnachten 2015 und ein gutes neues Jahr 2016 mit viel Gesundheit, Glück, Freude und Zufriedenheit.

**Der Vorsitzende** dankt Frau Treffler und ist erstaunt, dass sie jetzt einen Antrag zur Asylsozialberatung bringt. Vor drei Jahren hätte man ihn auch stellen können, denn damals war niemand bereit, etwas zu übernehmen und auch nicht die Caritas, außer gegen 100 % Kostenerstattung. Ein Teil der Kosten wird vom Freistaat Bayern für die „Kümmerer“ übernommen. Es ist die Zuständigkeit des Landkreises das Angebot aufrecht zu erhalten.

**Kreisrätin Frank-Meyer** erläutert bzgl. der Pressemitteilung vom Mai, dass es ihrer Meinung nach, nur eine vorübergehende Vereinbarung ist und im Herbst der entscheidende Beschluss getroffen wird und darüber diskutiert würde.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass damals Frau Fuchs-Weber mit als Zeugin anwesend war. Er erinnert sich, dass Frau Frank-Meyer das erste Mal dabei war und beim zweiten Treffen Herr Kuhn abgestimmt habe. Die Pressemitteilung kann jederzeit vorgelegt und nachgelesen werden. Zum Thema Flächenvergabe äußert er, dass für die Stärkung des ÖPNV auch Straßen gebraucht werden und dafür landwirtschaftliche Fläche verbaut werden. Er hat Verständnis, dass die Landwirtschaft als Produktionsgrundlage Boden braucht. Aber die meisten Landwirte haben Kinder, die zur Schule wollen. Sie müssen mit Bussen von A nach B kommen. Mobilität und Individualverkehr ist ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Grundprinzips ein so breites, intensives ÖPNV-Angebot vorzuhalten.

#### **Kreisrat Huber beginnt mit seiner Haushaltsrede:**

Zuerst möchte er sagen, dass er dem Haushalt zustimmen wird. Zur Unterstellung der Kollegin Stieglmeier stellt er fest, dass jeder, der Kritik übt in die Enge gedrückt wird und jeder, der versucht, die Wahrheit zu sagen als rechtsradikal bezeichnet wird. Es sind Leute, die viele, sichere Länder durchqueren und hierher kommen. Sie als Kriegsflüchtlinge zu bezeichnen, findet er nicht richtig. Die Höhe der Kosten ist enorm und der Landkreis ist mit den Asylbewerberzahlen schon stark belastet. Er bittet um eine gerechtere Verteilung. Es gibt im Landkreis Bürger, die nicht wollen, dass so viele Menschen kommen, aber deshalb sind sie noch lange keine Rechtsradikalen oder schlechte Menschen. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

### **Kreisrat Els beginnt mit seiner Haushaltsrede:**

Zu Asyl möchte er ergänzen, dass das Thema Gutscheine nicht so sehr fokussiert werden solle. Die Gemeinden haben 8 Mio Euro mehr als zuvor. Er fragt nach, ob es die Möglichkeit gibt, die Belastung der Gemeinden zu reduzieren, wie es Kollegin Stieglmeier bereits nannte. Die Finanzierung der Nordumfahrung mit 2,2 Mio ist überlegenswert, ob die gesamte Nordumfahrung nun auch finanziert wird, wäre eine weitere Idee. Laut den letzten 10 Jahren ist es die höchste Zuführung. Seiner Ansicht nach hätte der Haushalt im Gesamten noch mutiger sein können. Zum Thema Asylsozialberatung ist die Übertragung der Aufgaben in einem bestimmten Umfang und zu Entlastungen der Gemeinden, aber in der Summe ist es ein solider Haushalt, der für die Gemeinden in der Folge getragen werden kann. Vom Kollegen Bauer wurde bereits erwähnt, dass die Verschuldung in den letzten 8 Jahren fast um die Hälfte reduziert worden ist. Er bedankt sich für die Zusammenarbeit innerhalb der Fraktionen und wünsche sich, dass ein Thema im Vordergrund bleibe und nicht so sehr auf das Emotionale abdrifte.

**Kreisrat Dr. Bauer** stimmt der Rede von Herrn Els zu. Die Nordumfahrung durch die Aufnahme von Schulden zu finanzieren ist ein kreativer Vorschlag, der ursprünglich von Dr. Bauer kam. Wichtig war, die Kreisumlage zu senken. Er zitiert, dass es vom Landrat die christliche Pflicht ist, denen zu helfen, die verfolgt werden und sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht auszuschließen. Zum Antrag bzgl. der Stelle einer Sozialpädagogin zur Beratung von schwulen, lesbischen, bi-, trans- und intersexueller Jugendlicher stellt er die Frage, ob in der Verwaltung nachgefragt wurde, wie das Angebot publik gemacht wurde. Er hat nachrecherchiert, was Gründe für die hohe Selbstmordgefahr sind und offensichtlich ist es nicht die sexuelle Orientierung. Er möchte wissen, was der Landkreis dafür machen muss, um für Asylsozialberatung die Zuschüsse zu bekommen und hält es für sehr sinnvoll, dass diese Beratung vor Ort ist.

### **Kreisrätin Dieckmann beginnt mit ihrer Haushaltsrede:**

Sie freut sich, dass die Kreisumlage nochmal von 49,59 % auf 46,80 % gesunken ist. Dies ist ein wichtiges Signal für die Gemeinden. Der Haushalt mit vielen Investitionen und Maßnahmen wurde in den zuständigen Ausschüssen meist einstimmig beschlossen. Viele Zahlen wurden heute schon genannt. Erfreulich ist, dass das Defizit im Krankenhaus deutlich weniger ausfällt, die Fallzahlen und Belegungen steigen und somit zeigen die ergriffenen Maßnahmen Wirkung. Zum Ausbau des ÖPNV möchte sie die Kollegin Treffler unterstützen, im vergangenen Jahr wurde nicht nennenswert reduziert, die Minderausgaben kann Ihre Fraktion mittragen. Die Maßnahmen des Straßenbaus wurden mit Augenmaß beschlossen. Wichtig ist gerade, wenn in einem, wenn man das Durchschnittsalter in Deutschland betrachtet, sehr jungen Landkreis lebt, die Investitionen in Bildung und der Jugendhilfe. Dies ist eine Investition in die Zukunft. Deswegen möchte sie betonen, dass der Dialog mit der Schulfamilie, der um den Standort der Mensa im Korbinian-Aigner Gymnasium geführt wurde, die richtige Form ist, so weitreichende, wichtige Entscheidungen zu fällen. Dies geht nur miteinander und ist auch für die weiteren Maßnahmen infolge des Umzugs des Biologiesaals zu wünschen, ebenso für den Ausbau einer gebundenen Ganztagsform. In den Säulen und Arbeitskreisen der



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Bildungsregion wurden wichtige Projekte, Ideen und konkrete Maßnahmen entwickelt. Das wird sich in diesem Jahr noch wenig im Haushalt niederschlagen, aber es sollte sich spätestens im nächsten Jahr auch im Haushalt abbilden. Es ist schön, dass wir in einem Landkreis mit einer der höchsten Umlagekraft pro Einwohner/in leben, der sechstgrößten in Bayern. Genauso, wie es gut ist, dass wir im Speckgürtel von München liegen, so profitieren auch die meisten Kommunen in unserem Landkreis davon. Die Schattenseite ist der Siedlungsdruck, Wohnungsnot und der fehlende Ausbau von Infrastrukturmaßnahmen, die immer drängender werden. In der Planungsregion hat man erkannt, dass München und sein Umland sich inzwischen auf Augenhöhe begegnen. Beide Seiten können nicht ohne einander, um die Aufgaben der Zukunft Mobilität, Ausbau der Infrastruktur und bezahlbarer sowie sozialer Wohnraum zu meistern. Deswegen wird die SPD das Thema „Metropolregion“ immer wieder ansprechen. Es ist besser mitzureden und sich einzubringen, als vor der Tür zu stehen. Zur Flüchtlingspolitik im Landkreis. Gerade für die dezentrale Unterbringung und die Willkommenskultur kann sie sich heute nicht bei Herrn Landrat, für die besonders gute Zusammenarbeit bedanken. Die sieht anders aus und da ist noch viel Luft nach oben. Es wird der Schulterschluss gesucht, wenn es um die Bekleidungs Gutscheine geht und um einer gemeinsamen Linie Willen. Eine Klage gegen die Barauszahlung trägt die SPD nicht mit. Natürlich müssen die Ängste der Menschen ernst genommen werden, aber man sollte pragmatisch handeln. Sie lobt ausdrücklich die Flüchtlingshilfe Erding, in der vor allem auch viele junge Menschen organisiert sind, die in kürzester Zeit einen Helferkreis und ein Konzept aus dem Boden gestampft haben. Die Fachstelle der Caritas für die Beratung der Helferkreise hat nach einem  $\frac{3}{4}$  Jahr ihre Arbeit aufgenommen. Diese wurde vor über einem Jahr beantragt. Es werden schnelle, flexible Lösungen benötigt, z.B. Hausmeister, die vor Ort leben, die in den Helferkreisen zum Teil schon mitarbeiten, stundenweise bezahlt werden und auch am Wochenende schnell reagieren können, wenn sie gebraucht werden. Aber vielleicht finden sich diese Ideen ja schon in dem neu konzipierten Sicherheitskonzept wieder, von dem sie aus der Zeitung erfahren durfte. Es kann nicht sein, dass oft sogar die Bürgermeister vor Ort Hausmeistertätigkeiten übernehmen. Der Flucht folgt die Integration und diese Aufgabe müssen wir als Herausforderung ansehen. Diese müssen wir gemeinsam schaffen. Und dies über alle Fraktionsgrenzen und Schubladendenken hinweg. Die SPD reicht dem Landrat die Hand und es wäre schön, wenn es zu einer wirklichen Zusammenarbeit käme. Natürlich ist auch der Bund gefragt, um Mittel einzufordern und Integration umzusetzen. **Die SPD stellt gemeinsam mit den Grünen den Antrag zur Beratungsstelle für schwule, lesbische, bi-, trans- und intersexueller Jugendlicher im Landkreis.** Frau Dieckmann findet diesen sehr wichtig. Nun zu dem neu gestellten Antrag der CSU-Fraktion zu den Familienstützpunkten. Der Inhalt dieses Antrags ist gar nicht so neu und kommt ihr sehr bekannt vor. Er ist in der Säule in der Bildungsregion erarbeitet worden, in der Herr Stadick diese Arbeitsgruppe leitete. Dieses Vorgehen finde sie einfach bodenlos und respektlos. Aber das ist ja auch Usus, Anträge anderer Fraktionen abzulehnen und später, in etwas anderer Form, als eigene Anträge einzubringen. Nach dem Motto, nur, wenn es von der CSU kommt, kann es gut sein. Den Antrag der ÖDP unterstützen wir zusammen mit den Grünen dahingehend, dass die Asylsozialberatung an einen freien Träger, z.B. die Caritas, ausgelagert wird. Zum Antrag Aufstockung der Erzieherinnenstel-



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

le im Frauenhaus Erding. Dieser Antrag wurde im Herbst an alle Fraktionsvorsitzenden verteilt. Sie stellt hier diesen Antrag von der SPD, den Grünen- und der ÖDP-Fraktion zusammen. Er zielt auf präventive Maßnahmen, auch zur Vorbeugung der Kindeswohlgefährdung hin. Die Frauen suchen Schutz aufgrund Problemen in ihren Herkunftsfamilien, Gewalt und Kriegstrauma. Häusliche Gewalt ist ein hoher Faktor für Kindesgefährdung. Wichtig ist der Umgang mit Kindern in unterschiedlichem Alter gerecht zu werden. Frau Stieglmeier war in der Einrichtung, um sich davon selbst ein Bild zu machen.

**Der Vorsitzende** sieht diese Nähe kritisch.

**Frau Dieckmann** fährt fort. Die Kinder brauchen dringend Betreuung und Präventivarbeit ist wichtig. Sie stellt den Antrag in besten Willen und Gewissen. Zum Schluss bedankt sie sich bei dem Kämmerer Herrn Helfer, der Verwaltung und den Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr und wünscht allen ein schönes Weihnachtsfest.

**Der Vorsitzende** betont, dass Frau Dieckmann Herrn Stadick natürlich zur Fraktionssitzung einladen kann, sowie jede andere Fraktion auch. Er hätte ihr bzgl. der Familienstützpunkte einiges sagen können, denn er hatte vorab einige Gespräche mit dem Vorsitzenden geführt. Zum Thema Frauenhaus wundert er sich, dass einige direkte Informationen bekommen und andere Fraktionen nicht. Wenn Frau Dieckmann den Vorsitzenden nicht für Asylpolitik lobt, dann ist es in Ordnung, denn nicht jeder muss diese Meinung teilen. Er möchte keine Gefährdungslage, denn täglich kommt die Nachricht, wie viele (u.a. minderjährige Flüchtlinge) nicht registriert sind. Diese jungen Leute sind leichte Beute für Kriminelle und er will sich dafür nicht verantwortlich machen. Wenn es diese Menschen nicht gibt, kann niemand nach ihnen fahnden und keiner weiß, woher sie kommen, wohin sie gehen. Wer unterstützt, dass man sich freiwillig registriert, übersieht komplett die Gefahr, sowohl für Flüchtlinge als auch Bürger/innen. Es sind im Warteraum über 5.000 Menschen registriert von ca. 30.000. Jeder Bürger, der in diesem Land ist, muss aufgrund des Melde-rechts von seinem Vermieter eine Bescheinigung holen, um sich anmelden zu können. Die Bundesregierung wird die Registrierungs-pflicht intensivieren. Die Einführung der Gutscheine wurde mit allen Fraktionsvorsitzenden und stellvertretenden Landräten in einer großen Runde besprochen. Zur Koordinierungsstelle ist zu sagen, dass es im Haus bereits eine Stelle Ehrenamt Aktiv gibt. Diese ist bereits mit Frau Obermaier besetzt. Er findet es sinnvoll, dass im Bereich der Helferbetreuung eine zusätzliche Möglichkeit in Verbindung mit der Caritas besteht. Der Vertragsentwurf war innerhalb von vier Wochen fertig, jedoch kann der Landkreis nichts dafür, wenn von der anderen Seite kein unterzeichneter Vertrag zurückkommt. Er zitiert Frau Dieckmann, dass Flucht und Integration berücksichtigt werden müssen und bitte darum, einen Schritt nach dem anderen zu machen, d.h. zuerst Flucht, Anerkennungsverfahren und dann Integration. Es gibt viele Scheinehen und Vorwürfe zum Passverlust. Wenn jemand nicht bereit ist, das Passersatz Dokument zu besorgen, nach dem Motto „solange ich keinen Pass besitze bleibe ich im Land“ obwohl man kein Recht hat, ist dies Asylmissbrauch. Er betont, dass derjenige, der nicht bei der Feststellung seiner Identität mitwirkt, durch freiheitsentziehende Maßnahmen dazu



gebracht werde. Das ist die persönliche Meinung des Amtsleiters. Aus Albanien wurden im Oktober 24 Asylbewerber abgeschoben. 56 sind freiwillig ausgereist, da sie mitbekommen haben, wenn sie nicht freiwillig ausreisen, bekommen sie einen negativen Bescheid. Das bedeutet, dass sie dann in den nächsten fünf Jahren nicht mehr einreisen können. Sollten sie dennoch wieder einreisen begehen sie eine Straftat und Asylmissbrauch.

**Kreisrat Sticha** ergreift das Wort und nennt ein Beispiel, als ein 15-jähriger seinen Eltern gestanden hat, dass er homosexuell ist und in seiner Familie nicht mehr willkommen ist. Was passiert mit Kindern an Weihnachten, die nicht geachtet und wertgeschätzt werden. Im Landkreis gibt es ca. 2.200 Jugendliche zwischen 15-25 Jahren, die nicht heterosexuell sind. Die Betroffenen werden beschimpft, gemobbt und verleugnet. Die hohe Suizidrate liegt nicht alleine an der Sexualität. Nach einer neuen Studie sind 90 % der Schwulen und Lesben regelmäßig Diskriminierungen ausgesetzt. Er zitiert den Vorsitzenden, dass es diese Beratungsstelle bereits gäbe und muss dem widersprechen, denn es gibt keine Stelle, die sich ausschließlich um den Bereich kümmert und spezialisiert ist. Er fordert eine eigene Stelle, die sich damit intensiv auseinandersetzt, auf Jugendliche zu geht und Öffentlichkeitsarbeit macht. Das ist sehr wichtig, um die Situation zu verbessern und um schnelle Hilfe zu bekommen. Er betont, dass sich das Problem mit psychischen Krankheiten und Suizidraten sonst nicht löst. Ihm sind mehr Fälle bekannt, jedoch weiß von den Betroffenen keiner von der bereits bestehenden Stelle.

**Der Vorsitzende** begründet, dass nicht alle Fälle beratungsnotwendig sind. Im Bereich Gesundheitswesen gibt es Sexualpädagogik und Fachpersonal, im Jugendhilfebereich Therapieangebote. Er vermutet, dass diejenigen, die es betrifft sich entsprechend informieren. Er sieht es nicht ein, vorsorglich und willkürlich eine Halbtagsstelle zu schaffen und erklärt, dass Herr Sticha das genauso wenig weiß, wie er. Eine Statistik ist sehr weit her geholt und kann nicht bestätigen, wie viele Fälle es letztendlich sind. Er will nicht über die Bedeutung, Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Beratung sprechen, sondern hinweisen, dass der Fachbereichsleiter Herr Stadick dies mitgeteilt hat. Die Stellungnahme lautete: *Eine spezielle Stelle hierfür zu schaffen erscheint ihm nicht sinnvoll. Eine Halbtagsstelle für eine LSBTI-Beratung erscheint aus heutiger Sicht weit überzogen.* Er wirft die Frage in den Raum, wen man hierfür nehmen könnte - Jugendliche oder Erwachsene. Jemand der speziell junge Frauen/Männer betreut und über alle Bereiche des Lebens informiert, einen Gesundheitspädagogen oder Arzt. In den Schulen werden entsprechende Angebote bekannt gemacht und deshalb denkt er, der Staat macht es so richtig.

**Kreisrat Ways** kennt im Landkreis niemanden, der gegen die Registrierung ist. Zu Bastia möchte er sagen, dass er vor 30 Jahren bereits mit in Bastia war, als die Partnerschaft in Zusammenarbeit mit dem damaligen Landrat Zehetmeier entstanden ist. Damals war man euphorisch, aber mittlerweile hat sich gezeigt, dass es schwierig ist, die Partnerschaft aufrecht zu erhalten. Es ist ein weiter Weg aufgrund der Sprache und den Kosten. Die Kreismusikschule hat dafür geworben, aber er wünscht sich, dass mehr passiert und gefördert wird.





**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** erwähnt, dass er vor 4 Jahren zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden in Bastia war. Es ist wichtig, einen Ansprechpartner, nämlich Frau Caselli-Dworzak zu haben. Dadurch besteht mehr Stabilität und Erfolg für die einzelnen Programme und den Austausch zusammen mit der Musikschule zu intensivieren. Nächstes Jahr ist ein Bierfest geplant und es könnte eine Gruppe nach Erding kommen, um korsische Spezialitäten am Bauernhausmuseum zu präsentieren. Er hofft, dass hierdurch mehr geboten werden kann. Dies sind die Gründe für den erhöhten Haushaltsansatz.

**Kreisrat Treffler** erwähnt den Neubau B15. Er fand den Umgang des Vorsitzenden gegenüber denen, die den Umbau ablehnen unfair, wenn er sich auf den gefassten Beschluss beruft. Er sagt, wie sehr die ÖDP Fraktion gekämpft hat und warum sie sich letztendlich überreden ließen, dem zuzustimmen. Damals ergriffen Herr Sterr und Herr Hofstetter das Wort und machten deutlich, wenn man sich nicht einig werde, wäre der Neubau, der dann im Landkreis Erding stattfinden würde die Folge, sodass die ÖDP die Verantwortung dafür tragen müsse. Er kritisiert, der Vorsitzende wusste ganz genau, um was es der ÖDP bei der Abstimmung ging. Ihm ist wichtig, dass über die Gelder, die der Landkreis für den Bau der Nordumfahrung zur Verfügung stellt getrennt abgestimmt werde.

**Der Vorsitzende** erklärt, wenn sich die ÖDP mit bestimmten Taten nicht identifizieren kann, dann sollen sie nicht abstimmen. Es heißt „Wer dem Haushalt nicht zustimmt, stimmt allen Teilen nicht zu“. Es gilt letztendlich das Abstimmungsergebnis. Die Kollegen aus Mühldorf haben bzgl. der B15neu gemeint, sie solle im Landkreis Erding entstehen und stehen fest zu ihrer Meinung. Es kann nicht nach dem Motto gehen „eigentlich bin ich dagegen, aber ich stimme dafür“ und wenn es um die guten Taten geht, möchte ich derjenige sein, der mitgestimmt hat.

**Kreisrätin Stieglmeier** bedauert seine letzten Worte. Sie ergänzt, dass sie Anträge und Positionen bisher einbringen konnten und dem Haushalt immer zustimmten. Wenn der Vorsitzende allerdings dem Bündnis90/Die Grünen die Haftung für alles gibt, was beschlossen wird und sie sich nichts raussuchen können, dann spricht sie sich dafür aus, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Sie bedauert es sehr und fand das Verfahren bisher sehr gut, weil es nicht um Opposition und Parteipolitik geht, sondern um die Sache. Wenn man in einigen Positionen eine andere Meinung hat, dann solle man diese auch zum Ausdruck bringen dürfen. Trotzdem kann man mit einer unterschiedlichen Meinung dem Haushalt zustimmen.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass Frau Stieglmeier frei bewerten kann. Abstimmung heißt dazu stehen. Nicht nach dem Motto „weil wir Einheit wollten und darum sind wir anderer Meinung“. Sie dürfe jedes Jahr äußern, dass sie gegen die Nordumfahrung sind, aber man könne nicht beides haben nach dem Motte „ich stimme zu und für die guten Tagen bin ich da, aber das andere geht mich nichts an“. Er bittet um Verständnis.

**Kreisrat Dr. Bauer** erläutert zu der Aussage von Herrn Sticha, dass durch den Antrag nun in die Öffentlichkeit kam, dass es eine Anlaufstelle gibt und Betroffene vom Jugendamt betreut werden können. Seiner Meinung nach wird die CSU dem Antrag nicht zustimmen, da es sich erst entwi-

ckeln muss. Abschließend sollte man sich bei den Haushaltsberatungen wirklich darauf konzentrieren, was den Haushalt angeht.

**Der Vorsitzende stellt die Anträge zur Abstimmung:**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

1) *Die Kosten für die Nordumfahrung werden auf Basis eines Kredites vorfinanziert und belasten nicht den Landkreis und nicht die Kreisumlage.*

Der Vorsitzende bittet um Handzeichen, wer dem Antrag so zustimmt:

Ja 21 Nein 35 mehrheitlich abgelehnt.

2) *Antrag: Halbtagesstelle Frauenhaus*

Der Vorsitzende bittet um Handzeichen, wer dem Antrag so zustimmt:

Ja 19 Nein 37 mehrheitlich abgelehnt.

3) *Antrag: Beratungsstelle für schwuler, lesbischer, bi-, trans- und intersexueller Jugendlicher*

Der Vorsitzende bittet um Handzeichen, wer dem Antrag so zustimmt:

Ja 17 Nein 39 mehrheitlich abgelehnt.

4) *Antrag: Asylsozialberatung freier Träger*

Der Vorsitzende bittet um Handzeichen, wer dem Antrag so zustimmt:

Ja 13 Nein 43 mehrheitlich abgelehnt.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

**Beschluss: KT/0037-20**

1. Das Investitionsprogramm wird festgestellt.
2. Der Finanzplan 2015 – 2019 wird genehmigt.
3. Der Stellenplan 2016 wird genehmigt
4. Die Kreisumlage 2016 wird mit einem Umlagesatz von 46,8% festgesetzt
5. Der Haushaltsplan 2016 wird genehmigt und die Haushaltssatzung 2016 erlassen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 47 : 9 Stimmen**



### 3. Bekanntgaben und Anfragen

#### 3.1. Anfrage KR Schmidt KT-Sitzung 70 Jahre

**Kreisrat Schmidt** schlägt vor, die nächste Kreistagssitzung von März auf April zu verlegen. Er gratuliert der CSU, die vor 70 Jahren, sowie auch die SPD, als Partei anerkannt wurde. Im April 1946 gab es die erste Kreistagswahl und das wäre ein Anlass, eine Festtagssitzung zu machen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** nimmt die Anregung zur Kenntnis und hält es für sinnvoll, den Gründungsmoment in einem Festakt zu feiern. Er bedankt sich bei allen Mitwirkenden und wünscht eine schöne Vorweihnachtszeit und viel Glück und Gesundheit für das nächste Jahr.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Janina Böttner  
Verwaltungsangestellte